

1. In aller Kürze.....	1
2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle.....	2
3. Aus den Fachbereichen.....	4
4. Lesenswertes.....	5
5. Termine auf einen Blick.....	6
6. Hilfreiche Tipps.....	6
7. Impressum.....	6

1. In aller Kürze

14. Dezember 2005:

Erste gentechnisch veränderte Maissorten erhalten Sortenzulassung in Deutschland

Das Bundessortenamt in Hannover hat Sortenzulassungen für drei gentechnisch veränderte Maissorten der Linie MON 810 erteilt und diese damit zum unbegrenzten Vertrieb freigegeben. Damit können Landwirte in

Deutschland entsprechendes Saatgut der US-Firma Monsanto erwerben und von den Vorteilen der Technologie profitieren. Welche langfristigen Folgen der gentechnisch veränderte Mais auf den Menschen und die Tier- und Pflanzenwelt haben wird ist noch nicht erforscht und daher äußerst bedenklich.

Zu den Zulassungshintergründen mehr unter <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=7848>

12. Dezember 2005:

Chemikalien belasteten Säugetiere der Arktis

Norwegische Schwertwale sind mit gefährlichen Chemikalien wie PCB, Pestiziden und bromierten Flammschutzmitteln belastet. Die Schadstoffkonzentrationen übertreffen die Werte von Eisbären, die bislang als die am stärksten belasteten Säugetiere der Arktis galten. Dies geht aus Untersuchungen norwegischer Wissenschaftler hervor, die der WWF veröffentlicht hat. „Die

alarmierenden Ergebnisse zeigen, wie schlecht es um den Lebensraum Meer steht. Die Schwertwale stehen am Ende der Nahrungskette. In ihnen spiegelt sich die bedenkliche Verbreitung von Industriechemikalien wider“, so WWF-Expertin Karoline Schacht.

Mehr Infos und die komplette Studie unter <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02815/>

02. Dezember 2005:

Internationaler Gerichtshof für Tierrechte verhandelt über Robbenmassaker

Rechtsanwalt Bernhard Fricke, Vorsitzender von „David gegen Goliath“ tritt am 05. Dezember vor den Internationalen Gerichtshof für Tierrechte in Genf auf. Als einer von zahlreichen Anklägern gegen die kanadische Regierung will er gegen das grausame Massaker an unzähligen Robben vorgehen. David gegen Goliath unterstützt gemeinsam mit 40 weiteren internationalen Tierschutzorganisationen das Gerichtsverfahren. Bernhard Fricke erklärte zu seiner Berufung: „Ich

sehe dies als Anerkennung für das langjährige Engagement von David gegen Goliath gegen das als Schöpfungsverbrechen und Zivilisationschande allererster Ordnung aufs schärfste zu verurteilende, millionenfache, sinnlose Abschachten von unschuldigen Robben. Ich hoffe, dass dieser Prozess als Startschuss für eine neue Weltkampagne gesehen wird, die die kanadische Regierung, die derzeit die Jagdquoten neu festsetzt, entscheidend beeinflussen wird.“ Mehr Infos unter www.wwf.ch

28. November 2005:

Russische Atomanlage leitet radioaktives Wasser in Fluss

Die russische Nuklearanlage Majak leitet nach Justizangaben jedes Jahr mindestens zehn Millionen Kubikmeter radioaktiv verseuchtes Wasser in en Fluss Tetscha ein. Die Ermittlungen hätten ergeben, so der zuständige Staatsanwalt, dass flüssiger Atommüll durch die dringend renovierungsbedürftige Staumauer der Anlage in den Fluss sickere. Dies gefährde die Umwelt von Tscheljabinsk und der Nachbarregionen.

Die Staatsanwaltschaft will den Direktor der Anlage, den Lokalpolitiker Witali Sadownikow, unter Anklage stellen. Ein Sprecher einer örtlichen Umweltorganisation sagte, das verseuchte Wasser sei schwach radioaktiv und sickere bereits seit der Sowjetära in den Fluss ein. Nach seinen Informationen handele es sich um jährlich 15 Millionen Kubikmeter.

Mehr Infos unter <http://www.swissinfo.org/sde/swissinfo.html?siteSector=143&sid=6267734&cKey>

25. November 2005:

Bußgelder wegen Ahaus-Protesten verhängt

Die Anti-Atom-Initiativen im Münsterland reagieren mit scharfer Kritik auf die Verhängung von Bußgeldern durch den Landkreis Borken gegen zahlreiche AtomkraftgegnerInnen. Diese hatten im Mai und Juni gegen die Atomtransporte von Dresden nach Ahaus protestiert. Der Landkreis Borken versandte jetzt Bußgeldbescheide in Höhe von 75 und 125 Euro. Insgesamt hatte der Landkreis 270 Bußgeldverfahren eingeleitet.

Die Anti-Atom-Initiativen halten die Maßnahme für völlig überzogen. Beim ersten Transport fuhr der Castor-Transport gar nicht durch Ahaus, sondern durch den Nachbarort Heek. Die Auflösung der angemeldeten Versammlung durch die Polizei war damit rein willkürlich und ohne jede Notwendigkeit.

Mehr zu den genauen Hintergründen unter <http://www.aktionsbuendnis-muensterland.de/>

2. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Frohe Weihnachten

Der Vorstand des BBU, die Geschäftsstelle und die Newsletter-Redaktion wünschen allen (Förder)Mitgliedern, sowie Freundinnen und Freunden des BBU, eine besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Rutsch (ohne Feuerwerk!!) in das neue Jahr und für 2006 viel Kraft und Mut für die vor uns liegenden Aufgaben.

Die BBU-Newsletter-Redaktion möchte sich an dieser Stelle auch noch recht herzlich bei Ihrer Leserschaft bedanken. Mit dieser Ausgabe blicken wir auf ein Jahr „BBU-Newsletter“ zurück. In den vergangenen 12 Monaten konnten wir gemeinsam mit euch einen für alle Beteiligten interessanten Inforundbrief entwickeln und hoffen auch in Zukunft auf reges Interesse und zahlreiche Beiträge rund um den BBU und seine Mitglieder. Vielen Dank!

BBU-Vorstand tagte am 03. Dezember in Bonn

Der Vorstand des BBU hat sich bei einer Sitzung am 03.12. in der Bonner Geschäftsstelle mit verschiedenen fachlichen und organisatorischen Themen befasst. Hier die subjektive Darstellung einiger Ergebnisse:

- Nachdem sogar der Deutsche Alpenverein die Anerkennung als anerkannter Naturschutzverband gemäß Bundesnaturschutzgesetz erwirkt hat, stellt sich verstärkt für BBU-Vorständler Udo Buchholz die Frage, warum der BBU noch nicht als Naturschutzverband anerkannt ist. Vorteil wäre nach seiner Auffassung z. B. eine frühzeitige Beteiligung an Genehmigungsverfahren zum Straßenbau oder bei der Aufstellung von Bebauungsplänen für Industriegebiete. Buchholz wird weitere Informationen über das Anerkennungsverfahren einholen.
- Am 20. und 21. Mai 2006 soll die nächste BBU-Mitgliederversammlung stattfinden. Zur Vorbereitung soll am 17. und 18. März eine Klausurtagung des BBU-Vorstandes stattfinden.
- Mit 6:1 Stimmen beschließt der Vorstand, Mitglied im Europäischen Umweltbüro (EEB) zu werden.
- Der Vorstand betont, dass sich der BBU (Vorstand und Mitglieder) 2006 an den vielfältigen Aktionen anlässlich des 20. Jahrestages der Tschernobylkatastrophe (26.04.) beteiligen wird. BBU-Mitglieder, die ebenfalls Aktionen zum 20. Tschernobyltag planen, sollten sich zur Koordination bei der BBU-Geschäftsstelle melden.
- Der BBU wird im Januar 2006 im Rahmen des bundesweiten Windenergie-Kampagne des DNR zwei Veranstaltungen zur Windenergie durchführen, eine in Hamburg (19.01.), eine zweite in Gronau (26.01.). BBU-Mitglieder, die sich ebenfalls mit dem Thema Windenergie befassen, sollten sich zur thematischen Koordination und Vernetzung in der BBU-Geschäftsstelle melden
- Der BBU beteiligt sich an der bundesweiten Energieeffizienzkampagne des DNR und anderer. BBU-Mitglieder, die sich ebenfalls an der Kampagne beteiligen, Interesse daran haben oder anderweitig zum Thema Energieeffizienz engagiert sind, sollten sich zur Vernetzung bei der BBU-Geschäftsstelle melden.

Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied

Konrad Ulrich ist tot

Wir haben die traurige Nachricht erhalten, dass viel zu früh Konrad Ulrich aus Dortmund am 9.12. im Alter von 72 Jahren verstorben ist. BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz, der Konrad persönlich sehr schätzte, kannte ihn besonders von vielen Aktionen im Münsterland gegen den atomaren Wahnsinn. So wurde Konrad auch nachts beim ersten Castor-Transport von Rossendorf nach Ahaus von der Polizei eingekesselt.

Die Beisetzung hat bereits auf den Ostfriedhof in Dortmund Körne stattgefunden. Familie Ullrich bat darum, dass ggf. anstatt Blumen im Sinne Konrads eine Spende an die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ gemacht wird (Kreissparkasse Borken, BLZ 42851310, Konto 59564021).

Es wäre im Sinne von Konrad, wenn wir weiterhin mit aller Macht, aber auch besonnen, der Atomindustrie die Stirn bieten.
Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied

Gammelfleisch und Pestizide: BBU reagiert mit Offenen Brief

Der BBU hat sich aufgrund der zahlreichen Skandale im Lebensmittelbereich, die zudem vermehrt in Bayern aufgetreten sind, in einem Offenen Brief an den Bayrischen Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz gewandt.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Schnappauf,

nachdem auch in der Region Aschaffenburg zwei Skandalfälle aufgedeckt wurden, haben wir große Besorgnis, dass noch eine erhebliche Anzahl von Skandalfällen im Lebensmittelsektor infolge mangelnder Kontrolle bisher nicht ans Tageslicht kamen bzw. nicht kommen!

Umso mehr sind wir überrascht, dass es gemäß den im Betreff genannten Zeitungsmeldungen bei den Lebensmittelkontrollen in Bayern die Uhren rückwärts laufen. So heißt es in der Süddeutschen Zeitung v. 08.12.05 u.a.: „*Seehofer beklagte Missstände, die seine eigene Partei mitzuverantworten habe. So sei eine Verbesserung der Kontrollen in vielen Punkten am Widerstand der Bundesländer gescheitert. [...] So habe die Bayerische Staatsregierung erst im Juni beschlossen, jede 20. Stelle bei der Lebensmittelkontrolle einzusparen.*“

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Stimmt diese SZ-Meldung und wie ist der Stand heute?
2. Wäre es nicht dringend erforderlich, den Bestand der Lebensmittelkontrolleure zu erhöhen, anstatt - wie geplant - zu reduzieren?

Als der BN Kreisgruppe Aschaffenburg im November des Jahres - aufgrund der bekannt gewordenen Skandalfälle - beim Landratsamt bzw. der Stadt Aschaffenburg den Antrag auf verstärkte Lebensmittelkontrollen u. damit Pro-

benentnahmen und deren Untersuchungen forderte, stellte sich lt. Main-Echo Aschaffenburg v. 01.12.05 heraus „Mehr Proben gehen nicht.“

D.h., die Untersuchungskapazität in der Landesuntersuchungsanstalt (LUA) für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erlangen habe nur eine bestimmte Laborkapazität. Mit anderen Worten: Mehr Probenuntersuchungsaufträge könnten gar nicht bewältigt werden bzw. wurden z.B. bei Obst und Gemüse zum Vergammeln führen.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Trifft diese Aussage zu?
2. Was wurde ggf. zur Kapazitätserweiterung in Erlangen getan?
3. Bei den zunehmenden Skandalfällen (siehe u.a. SZ v. 15.12.05 "29 Metzgereien angezeigt") müsste doch eigentlich eine Kapazitätserweiterung des Untersuchungslabors in Erlangen oder Schaffung gleichwertiger Einrichtungen geschaffen werden?!

Wir versuchen mit diesem Schreiben, Ihnen unser Anliegen darzulegen und hoffen auf eine möglichst schnelle Antwort, und vor allem auf Informationen, wie Ihr Ministerium mit verschärften Kontrollen, entsprechenden Ahndungsmaßnahmen und sonstigen Schritten den Skandalfällen beikommen will.

*Eduard Bernhard, (Voritzender des BN KG Aschaffenburg)
 Christine Ellermann, (BBU e.V. Geschäftsführerin)*

BBU-Emailverteiler

Anfang des Jahres hatten wir euch mitgeteilt, dass wir täglich 100-150 Emails erhalten, die je nach Arbeitsgebiet für euch interessant sein könnten. Die entsprechenden Verteiler wurden zwischenzeitlich eingerichtet. Knapp die Hälfte

aller Mitgliedsgruppen, aber auch einige Fördermitglieder haben sich bereits in einen oder mehrere Verteiler eintragen lassen und bekommen die eingehenden Informationen umgehend weitergeleitet.

Verteilerlisten	Klimaschutz
Chemiepolitik	Mobilfunk/ Elektrosmog
Energie/ Atomproblematik	Müllproblematik
Eine-Welt/ Globalisierung	Natur-/ Artenschutz
Friedensbewegung	Verkehrspolitik
Gentechnik	Wald/ Bodenschutz
Gesundheit/ Innenraumschadstoffe	Wasserproblematik

Ihr könnt euch jederzeit in die Verteilerlisten ein- und austragen lassen. Für diesen Fall schickt ihr einfach eine Email an die Geschäftsstelle des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. in Bonn unter BBU-bonn@t-online.de

3. Aus den Fachbereichen

• Energie

Umweltprädikat für ein Atomkraftwerk

Nicht nur Unfälle, sondern auch der Alltagsbetrieb der Atomkraftwerke belasten unsere Umwelt mit radioaktiven Stoffen. Die Betreiber und Politiker wissen um die existierenden Missstände. Trotzdem wurde das Atomkraftwerk ISAR mit dem Prädikat EMAS für vorbildliche

Umweltschutzmaßnahmen ausgezeichnet. In der diesjährigen Juni-Ausgabe der Zeitschrift „WATERKANT“ hat sich Susanne Bareiß-Gülzow von unserer Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz mit diesem Widerspruch auseinandergesetzt. Den Artikel kann man im Internet auf der Webseite des VSR unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/artikel/ISAR.html> lesen.

Prozess gegen bayerische Atommüll-„Zwischenlager“

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. und die Umweltschutzorganisation Robin Wood e. V. hoffen, dass die neuen bayerischen Atommüllhallen gerichtlich gestoppt werden. In einer gemeinsamen Pressemitteilung hatten die Umweltverbände mitgeteilt, dass am 13. Dezember vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München eine dreitägige öffentliche Verhandlung über Klagen gegen den Betrieb der drei neuen bayrischen Atommüll-„Zwischen“Lager an den Atomkraftwerken in Grafenrheinfeld (Landkreis Schweinfurt), Gundremmingen (Landkreis Günzburg) und Ohu (Landkreis Landshut) beginnen sollte (und letztlich auch begonnen hat).

mangels Entsorgung die spätere Wiederräumung der verharmlosend „Zwischenlager“ genannten Anlagen völlig ungewiss ist. Erst diese sogenannten Zwischenlager ermöglichen den jahrzehntelangen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

In Bayern wurde die Wiederaufarbeitungsanlage für Atommüll in Wackersdorf gestoppt. Es wäre großartig, wenn jetzt dank der engagierten KlägerInnen und ihrer UnterstützerInnen auch die drei bayrischen Atommüll-Lager gestoppt werden könnten. Letztlich muss die Stilllegung aller Atomkraftwerke und Uranfabriken erreicht werden, damit die Atommüllberge nicht noch weiter anwachsen und damit Störfälle vermieden werden. Besorgt zeigt sich der BBU aktuell mit Blick auf das AKW Gundremmingen, in dem Ende November ein schadhaftes Brennelement entdeckt wurde.

Im Vorfeld der Gerichtsverhandlung fand eine Demonstration bayerischer Bürgerinitiativen statt, an der sich etwa 100 DemonstrantInnen beteiligten. Das Gerichtsurteil steht noch aus.

Nachbarn dieser Atomlagen klagen mit Unterstützung von Umweltgruppen gegen diese Atomanlagen. Insbesondere die Gefahr der jahrhundertelangen Verstrahlung ganzer Landkreise und Regionen nach einem nicht auszuschließenden Terrorangriff motiviert nach Angaben Bayrischer Anti-Atom-Gruppen die KlägerInnen. Auch wird darauf hingewiesen, dass

Udo Buchholz, BBU-Vorstandsmitglied

• Verkehr

2006 aktiv gegen den Autowahn!

Trotz Klimachaos und Rohstoffverknappungen bejubelt die Autolobby noch immer den Ausbau des Autobahn-Netzes. Hier zur Dokumentation ein Beitrag, der Flächenverbrauch und Umweltzerstörungen verschweigt, der aber einen guten, wenn auch groben, Überblick über bundesweite Autobahnprojekte vermittelt. Vielleicht motiviert er ja auch den Einen oder die Andere, in 2006 verstärkt Pro Bahn und Contra Autowahn aktiv zu werden.

gen. Die letzte Lücke auf der Ostseeautobahn A 20 ist geschlossen. Nun herrscht freie Fahrt von Lübeck über Wismar, Rostock und Greifswald bis zur polnischen Grenze bei Stettin. Auch die A 71 Erfurt–Schweinfurt wird noch in diesem Jahr komplett befahrbar sein. Das 51,7 Kilometer lange Teilstück zwischen Meiningen-Süd und Bad Kissingen wird voraussichtlich am 17. Dezember eröffnet. Dadurch erweitert sich die Verbindung auf knapp 150 Kilometer und erspart Autofahrern, die zwischen Thüringen und dem süddeutschen Raum unterwegs sind – beispielsweise auf der Strecke Erfurt–Stuttgart – 85 Kilometer. Bereits im Juli wurde auf der A 17 Dresden–Prag der Abschnitt Dresden-Prohlis–Pirna fertig gestellt. Dadurch entfällt für den Durchgangsverkehr die Ortsdurchfahrt Dresden. Ebenfalls im Juli bzw. Oktober erfolgte die Freigabe von zwei insgesamt 12 Kilometer langen Strecken auf der A 6 Nürnberg–Prag zwischen dem Anschluss zur A

Bilanz Fernstraßenbau 2005

Das deutsche Autobahnnetz ist im Jahr 2005 um rund 190 km gewachsen und wird nach Informationen des ADAC zum Jahresende eine Gesamtlänge von rund 12.200 km haben.

Besonders freuen werden sich die Autofahrer über die Fertigstellung der Autobahnen A 20 und A 71 in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Thürin-

93 und dem Grenzübergang Waidhaus. Dadurch ist der Abschnitt zwischen dem Kreuz Oberpfälzer Wald und dem Grenzübergang Waidhaus fast komplett.

Darüber hinaus erhielt die A 38 Göttingen-Halle-Leipzig noch zwei insgesamt 20 Kilometer

lange neue Streckenabschnitte und verlängert sich somit auf rund 130 Kilometer.
Quelle: Egon Stengl, ADAC

• Ökologie und Ernährung

Schutz des norddeutschen Waldes

Die Bürger der Stadt Flensburg machen sich gemeinsam stark, um die Abholzung des regionalen Waldes in und um Flensburg zu verhindern. Mehr Infos gibt es unter der neu eingerichteten Internetadresse www.kollunder-wald.de

• Wasser- und Gewässerschutz

Tritium im Trinkwasser

Mit der Problematik der Trinkwasserbelastung mit radioaktivem Tritium befasst sich die „Initiative für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie“ (Kontakt: Helga Linsler, Am Fuchsbau 12, 29331 Lachendorf, Tel. 05145/939332).

Auf ihrer Internetseite (<http://www.sofort-atomausstieg.de.vu/>) hat die Initiative Hintergrundinformationen und einen Musterbrief an Wasserwerke. Der BBU-Vorstand will versuchen, das wichtige Thema im neuen Jahr verstärkt

aufzugreifen. BBU-Mitglieder, die sich ebenfalls mit der Thematik der radioaktiven Belastung von Trinkwasser, aber auch von Gewässern allgemein (Flüsse, Nordsee usw.) befassen, werden gebeten, der BBU-Geschäftsstelle entsprechende Informationen mitzuteilen und/ oder im Newsletter zu dokumentieren.

Udo Buchholz, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstands

Fäkalien im Wasserschutzgebiet? Atommüll am Rheinfluss?

Umweltverbände und Bürgerinitiativen in der Schweiz, in Baden und im Elsass machen Front gegen die sich konkretisierenden Pläne, am Rheinfluss bei Schaffhausen das eidgenössische Endlager für hochradioaktiven Atommüll zu errichten. Die GegnerInnen der schweizerischen Endlagerpläne befürchten, dass durch die Atommülllagerung am Hochrhein die Trinkwasserversorgung von Millionen Europäern entlang des Rheins in Gefahr kommen könnte. In einer Resolution schreibt beispielsweise der BUND zum geplanten Endlagerstandort Benken der „Nationalen Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz“ (NAGRA) im Züricher Weinland.

„Zur objektiven Gefahr durch die Pläne der NAGRA kommt das zu erwartende, subjektive Bedrohungsgefühl für uns als Rheinanlieger. So wenig man Gift im Küchenkühlschrank neben den Lebensmitteln aufbewahrt, so wenig werden in einem ‚normalen‘ Trinkwasserschutzgebiet wassergefährdende Stoffe gelagert.“ Während in

Wasserschutzgebieten keine Gülle, geschweige denn Fäkalien, ausgebracht werden dürfen, soll der NAGRA zugestanden werden, in nächster Nähe zur wichtigsten europäischen Trinkwasserquelle ein Atommülllager zu errichten. „Ein Wasserschutzgebiet mit einem Sicherheitsabstand von mindestens 25 Kilometer zum Rhein und seinen Zuflüssen ist hier das mindeste, was verlangt werden sollte“, so der BUND.

Ferner kritisieren BIs und Umweltverbände, dass die Schweiz als „Hüterin der europäischen Quellen“ mit ihren Plänen zur Einlagerung von Atommüll am Rheinfluss „dieser Verantwortung nicht gerecht“ würde. Deshalb fordern die Einsprecher „eine Beteiligung aller von einem möglichen undichten Endlager betroffenen Rheinanlieger an den anstehenden Genehmigungsverfahren“. Der Freiburger Ak Wasser im BBU versucht deshalb auch die Rheinwasserwerke für die Thematik zu interessieren. Weitere NAGRA-Infos des BUND zum in Erwägung gezogenen Endlager am Rheinfluss gibt es auf der Homepage des BUND Regionalverbandes Südlicher Oberrhein unter www.bund-freiburg.de.

4. Lesenswertes

Neue Broschüre: Demokratiefreie Zone Gorleben

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow Danenberg (BI) hat in der Reihe "Zur Sache" eine neue Broschüre erstellt. Die Ausgabe Nr. 10 trägt den Titel „Demokratiefreie Zone Gorleben - wenn

der Castor kommt, werden Grundrechte ausgesetzt“. Auf 90 Seiten bietet die Broschüre detaillierten Lesestoff über angeblichen polizeilichen Notstand bei Castortransporten, eine kleine Grundrechtskunde, mehr als 2000 rechtswidrige Freiheitsentziehungen in den letzten neun Jahren

und die von der BI gegen die Demonstrationsverbotszonen eingereichte Verfassungsbeschwerde. Zur Unterstützung des Verfahrens, dessen Ergebnis eine rechtlich ähnlich tiefgreifende Relevanz haben kann wie das "Brokdorf-Urteil" zur Nichtstrafbarkeit von Sitzblockaden, sucht die BI dringend Spendengelder.

Neben den Rechtsanwältinnen Ulrike Donat und Karen Ullmann sind Wolfgang Ehmke und

Dieter Metk von der BI als Autoren vertreten. Zusätzlich stellt der Journalist Reimar Paul in einem Artikel fest, "wenn der Castorzug nach Gorleben rollt, gerät auch die Pressefreiheit unter seine Räder". Die Broschüre ist für 3 Euro im Lüchower BI-Büro unter Tel. 05843/986789 erhältlich.

Francis Althoff

5. Termine auf einen Blick

Wann?	Was?	Wo?	Info
09.01.-12.01.2006	„Fragen unserer Zeit“ (Begleitseminar zur 16. Winteruniversität)	Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Iserlohn	Infos unter Tel. 02371/352-0 und unter www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen
13.-15.01.2006	„Haus und Bau“-Messe mit BBU-Stand	Donaueschingen	Infos unter http://www.messe-sauber.de/webstruct/messen/messen_don_000.php
13.-15.01.2006	FAIRorten, FAIRbinden, FAIRstärken. Eine-Welt-Arbeit politisch einordnen	Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Iserlohn	Infos unter Tel. 02371/352-0 und unter www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen
26.29.01.2006	Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen (Forum Menschenrechte)	Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Iserlohn	Infos unter Tel. 02371/352-0 und unter www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen
26.-29.01.2006	„Haus und Energie“-Messe mit BBU-Stand	Sindelfingen	Infos unter info@messe-sindelfingen.de
27.-29.01.2006	Verwüstung und Tsunamis. Und menschengemachte Katastrophen	Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Iserlohn	Infos unter Tel. 02371/352-0 und unter www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

6. Hilfreiche Tipps

WAA-Bildergalerie online

Anlässlich des 20. Jahrestages des Rodungsbeginn im Taxölderner Forst für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf (11.12.1985) hat die Amberger Bürgerinitiative für eine Zukunft ohne Atomkraft auf ihrer Homepage <http://www.amberger-bi.de> eine Bildergalerie ins Netz gestellt. Unter dem Titel „Bilder gegen den WAAhnsinn“ stellt die BI dort 168 Bilder vom Rodungsbeginn bis zum „Erschütterungstermin“ aus. Weiterhin gibt es viele Informationen rund um die WAA, den Widerstand und hilfreiche Links zum Thema.

7. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 11/ 05

Herausgeber: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn

Redaktion: Saskia von der Burg, Udo Buchholz

Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Post) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter per E-Mail (Jahresabo: 12,- Euro) abonnieren.

Bestellungen bitte schriftlich und gegen Vorkasse

(Überweisung oder Scheck) an: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn. Tel.:0228/214032, Fax:-33. Bankverbindung: Sparkasse Bonn (BLZ) 38050000, (KTN) 19001965.

Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster **Redaktionsschluss ist der 26. Januar 2006, 13 Uhr.** Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.